

Niederschrift SOZ/024/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 26.03.2025

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzende
----------------------------	-----------------------	--------------------------

Mitglieder:

Frau Maria Abakar-Kadade	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Ralf Gissel	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Frau Helga Niedoba	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr André Cormann		Vertretung für Herrn Johannes-Michael Bögge
Herr Fabian Lenz	CDU	Vertretung für Herrn Alexander Burmeister

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8 (ab 17:10 Uhr - TOP 2)
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
---------------------------	-----	--------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
-----------------------------	--	--

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Für die Erstellung der Niederschrift ist ein KI-Tool verwendet worden.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/023/2025 über die öffentliche Sitzung am 05.02.2025

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann geht auf die einstellten Informationen der Verwaltung ein. Zudem informiert er, dass die für diese Sitzung auf der Arbeits- und Projektplanung stehenden Tagungsordnungspunkte

- Gliederung Sozialbericht Bildung
- Vorstellung des Konzeptes für ein Sozialraumbüro in Rheine durch InWis
- Richtlinien zur Förderung der Behindertenarbeit
- Richtlinien zur Förderung der offenen Seniorenarbeit

aufgrund von Krankheit und einer vakanten Stelle nicht abgebildet worden seien. Er hoffe, diese auf die Tagesordnung der Juli-Sitzung setzen zu können.

Herr Hewing bezieht sich auf die Anfrage der SPD-Fraktion und die Antwort der Verwaltung zum Kommunalen Integrationszentrum (KI). Er habe Unterlagen aus 2021 herausgesucht und fragt, ob es die koordinierende KIM-Stelle bei der Stadt Rheine auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem KI und der Stadt Rheine gebe. Des Weiteren fragt er, ob mit der Prüfung des Handlungskonzeptes KI Steinfurt auch das individuelle Case Management in Rheine mit den 1,9 Stellen in Frage gestellt werde.

Herr Gausmann antwortet, dass es sich nicht um das Kommunale Integrationszentrum, sondern um das Kommunale Integrationsmanagement handele. Die unterschiedlichen Bereiche seien zwar in einer Abteilung zusammengefasst, würden jedoch aus unterschiedlichen Fördertöpfen kommen und die Stadt Rheine könne mit einer eigenen Ausländerbehörde beide Module abbilden und erhalte auch eigenständig die Landesmittel. Zudem antwortet er, dass es der Stadt Rheine nicht ansatzweise um ein Auflösen des Kommunalen Integrationszentrums gehe, sondern er sich mehr koordinierende Tätigkeiten vor Ort wünsche und weniger zentrale Angebote innerhalb des Kreises Steinfurt. Beispielsweise könne die Stadt Rheine sich besser mit den Ehrenamtlichen vor Ort vernetzen, anstatt für einen Ehrenamtstag nach Steinfurt zu fahren.

Frau Lücke gibt an, dass nach der Auswertung zum KI vom Kreis Steinfurt und den Schwerpunktsetzungen für künftige Aufgaben geschaut werden solle, was sich für Rheine ändern werde und ob Handlungsbedarf gesehen werde.

Herr Gausmann erwidert, dass es sich um eine Auswertung und Entscheidung des Kreises Steinfurt handele. Falls gewünscht, könne die Verwaltung das gestern verabschiedete Integrationskonzept auf Doppelstrukturen durchsuchen.

Frau Dr. Hovestadt bezieht sich auf die Frage von Herrn Hewing und äußert, dass es sich vermutlich nicht um die Koordinierungsstelle handele, aber die koordinierende Stelle in Rheine die Fachaufsicht über das Case Management habe.

Herr Gausmann bestätigt dies und fügt hinzu, dass sich ihre Aussage auf das Kommunale Integrationsmanagement KIM beziehe, was ein Bestandteil des Kommunalen Integrationszentrums sei, aber anders organisiert und über das Land finanziert werde. Vom Kreis Steinfurt fließe

kein Geld nach Rheine, mit Ausnahme des Programms „Rucksack Schule“ aus dem Kita-Bereich, der Seiteneinsteigerberatung mit personeller Ressource aus der Schulverwaltung oder des NRW-Förderprogramms „KOMM-AN“, dessen Landesmittel vom Kreis an die Stadt Rheine weitergeleitet werden, da Rheine eine eigene Ausländerbehörde habe.

Frau Berkmann fügt hinzu, dass der Kreis die Mittel für die Städte und Gemeinden als Block habe beantragen müssen.

Herr Gausmann kommentiert, dass er diese nicht als Eigenmittel nutzen dürfe, sondern den Städten und Gemeinden gehören würden.

Frau Berkmann kommentiert, dass das KI und das KIM schwer zu differenzieren seien und es nach 10 Jahren Sinn mache zu prüfen, ob das Kommunale Integrationszentrum noch zeitgemäß sei und keiner würde von einer Schließung sprechen.

Herr Gausmann äußert, dass das Integrationskonzept der Stadt Rheine mit einer eigenen Evaluationsstufe in der letzten Sitzung des Sozialausschusses und gestern im Rat einstimmig verabschiedet worden sei.

Frau Dr. Hovestadt kommentiert, dass sie eine inhaltliche Evaluation, wie sie in der letzten Woche im Kreis Steinfurt beschlossen worden sei, für notwendig halte.

Frau Lücke gibt an, dass es in Ordnung sei zu evaluieren, es allerdings in Rheine Unmut ausgelöst habe und auch nicht besprochen worden sei, dass Stellen aufgrund dieses Prozesse nicht besetzt würden.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun informiert, dass es für Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Integrationsratswahlen aufstellen lassen möchten, Informationsabende im April und Mai geben werde. Jede Person ab 18 Jahren könne sich aufstellen lassen. Die Integrationsratswahlen würden zusammen mit den Kommunalwahlen stattfinden.

Sie berichtet, dass der Weltfrauentag in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband Rheine e. V. und dem Team „Begleitung für Menschen mit Zuwanderung“ gut organisiert und mit einer breiten Vielfalt von Kulturen und Religionen in Rheine stattgefunden habe.

Weiter führt sie aus, dass das Fastenbrechen eine schöne und wichtige Veranstaltung gewesen sei. Es seien Fragen zum Ablauf des Integrationsrates gestellt worden seien. Die Politik sei leider nicht vertreten gewesen.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier gibt bekannt, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung am 28. April 2025 tagen werde und somit keine neuen Informationen vorliegen würden.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es informiert, dass die Geschäftsführung der Sander Pflege GmbH ihr Konzept „my senior living“ in der letzten Sitzung des Seniorenbeirates am 26. März 2025 vorgestellt habe, welches im Bereich des Kuba-Quartiers in 2027 realisiert werden solle. Das Konzept basiere auf dem Fokus „Wohnen“ mit zubuchbaren Pflege-Dienstleistungen. Die Sander Pflege GmbH sei ein Ausbildungsbetrieb und rekrutiere Auszubildende z. B. aus Marokko, Indien und dem Kosovo, um damit eine bessere Versorgungsmöglichkeit mit Pflegekräften zu erreichen.

Weiter gibt sie an, dass die Arbeitsgruppe „Den Tod ins Leben lassen“ zwei Wiederholungsveranstaltungen zur Palliativversorgung und Patientenverfügung organisieren werde, sowie zu einem späteren Zeitpunkt zur Trauerbewältigung und Hausübertragung von Alt zu Jung.

Sie führt fort, dass die Arbeitsgruppe „Mobilität“ in Kooperation mit dem Radbeauftragten und der Polizei einige Projekte plane: Ein Radtraining mit Parkour-Übungen am 28. März 2025 an der Familienbildungsstätte, am 4. April 2025 an der Mitte⁵¹ und am 11. April 2025 an der Nelson-Mandela-Schule. Bei der Mobilitätswoche im September 2025 werde auch an die Mobilität von Fußgängerinnen und Fußgängern sowie von Rollatoren-Fahrerinnen und -Fahrern gedacht.

Sie kommentiert, dass bei der Veranstaltung „Verbraucherforum 60+ – Gesund und selbstbestimmt“ über 100 Personen anwesend gewesen seien und diese bei den Älteren gut angekommen sei.

Als letztes führt sie an, dass es ein Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern des Vorstandes des Familien- und Seniorenbeirates gegeben habe und eine Zusammenarbeit zum Thema „Den Tod ins Leben lassen“ vereinbart worden sei. Zusätzlich zu dem Programmvorschlag des Seniorenbeirates werde der Aspekt „Trauerarbeit mit Kindern“ mit aufgenommen.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Cormann berichtet, dass er bei der letzten Sitzung des Familienbeirates leider verhindert gewesen sei. Auf der Agenda habe gestanden, dass sich der Familienbeirat die Themenschwerpunkte für 2025 ansehen und ggf. neue Schwerpunkte ausarbeiten solle.

8. Bericht zur Entwicklung des dezentralen Unterbringungskonzeptes Vorlage: 043/25

Herr Gausmann äußert, dass die Vorlage alle notwendigen und wichtigen Zahlen beinhalte. Er berichtet über die Entwicklung des dezentralen Unterbringungskonzeptes und betont die flexible Nutzung des Wohnungsbestandes für verschiedene soziale Zwecke.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Entwicklung des dezentralen Unterbringungskonzeptes im Flüchtlingsbereich zur Kenntnis.

9. Jahresbericht der Ausländerbehörde 2024 Vorlage: 080/25

Herr Gausmann verweist auf den Bericht der Ausländerbehörde und äußert, dass die Verwaltung bezüglich der Akzeptanz von Flüchtlingen in der Bevölkerung schwierige Zeiten erlebe. Er gibt an, dass die Mitarbeitenden in der Ausländerbehörde in ihrer täglichen Arbeit Gewaltübergriffe und Angriffe im Privatleben erleben würden. Frau Gehrke und er als Leitung würden den Mitarbeitenden danken, die tagtäglich engagiert Gesetze im Rahmen der Kultur, die in Rheine abgebildet werde, anwenden, nach Chancen suchen und bei Abschiebungsbedarf diese auch konsequent umsetzen würden. Abschließend sagt er, dass es weder von der einen noch von der anderen Seite negative Berichterstattungen über die Arbeit in der Ausländerbehörde gebe.

Die Mitglieder des Sozialausschusses schließen sich dem Dank an die Mitarbeitenden der Ausländerbehörde an.

Frau Lücke kommentiert, die SPD-Fraktion höre von anderen Kommunen, dass Stellenbesetzungen in diesem Bereich schwieriger geworden seien und fragt, wie die Situation in Rheine sei. Zudem äußert sie, dass Kinder mit Migrationshintergrund und ohne Daueraufenthaltsrecht, beispielsweise mit einem Duldungstitel, nach der Verschärfung der Regelung nicht mehr nach 18 Monaten Eingliederungshilfe bekommen würden, sondern erst nach 36 Monaten. Sie fragt, ob vermehrt Anfragen bei der Ausländerbehörde zur Kostenübernahme eingehen würden und es bei ukrainischen Kindern, bei denen andere Regeln gelten würden, zu Diskriminierungsvorwürfen komme.

Herr Gausmann antwortet, dass es derzeit in der Ausländerbehörde keine Stellenvakanzen gebe, und kommentiert, es habe sich herumgesprochen, dass die Stadt Rheine ein guter Arbeitgeber sei und das Team der Ausländerbehörde funktioniere, was bei Nachbesetzungen wirken würde.

Weiter führt er aus, dass es derzeit keine Diskussionen gebe, warum ukrainische Kinder anders behandelt würden als Kinder anderer Nationen, mit Ausnahme zu Beginn des Ukraine-Krieges, wie im Sozialausschuss berichtet worden sei, als es über die kostenlosen Busfahrten für all die Geflüchteten Neiddebatten in Schulen gegeben habe.

Auf die Frage von Frau Eggenkämper bestätigt Herr Gausmann, dass es Vorfälle von Gewalt gegen Mitarbeitende der Ausländerbehörde gegeben habe. Er schildert, dass vor nicht mal einer Woche Mitarbeitende von einer Person mit Hausverbot bedrängt worden seien. Bei einem Vorfall vor 5 Jahren sei eine Mitarbeiterin mit Benzin übergossen worden, was glücklicherweise rechtzeitig behoben werden konnte. Er gibt an, dass es ein Sicherheitskonzept für das gesamte Dezernat II mit bestimmten Regelungen, Notalarmknöpfen, Deeskalationstrainings gebe und eine Mitarbeiterin in der Ausländerbehörde sich als Erstansprechpartnerin habe schulen lassen, um ihren Kolleginnen und Kollegen bei der Sortierung von traumatisierenden Elementen helfen zu können.

Frau Dr. Hovestadt äußert, dass vermutlich die Sonderkonstruktion der Ausländerbehörde, die seit 10 Jahren nicht mehr dem Fachbereich "Recht und Ordnung", sondern im Bereich Soziales angesiedelt sei, zu der guten Zusammenarbeit und hohen Akzeptanz beitrage.

Herr Gissel thematisiert die wachsende Komplexität der rechtlichen Rahmenbedingungen und den Beratungsbedarf, der im Zuge der Änderung des Einbürgerungsgesetzes im letzten Jahr entstanden sei. Er fragt nach Möglichkeiten, auf weniger komplexe Rechtsstrukturen hinzuwirken.

Herr Hewing fragt, ob die Verwaltung die Statistiken der Vorlage mit anderen Kommunen vergleichen könne, um zu sehen, ob Rheine im Durchschnitt liege.

Frau Floyd-Wenke äußert, dass sie sich im nächsten Bericht eine ausführlichere Darstellung der Netzwerkarbeit wünsche, damit die Art und Weise der Zusammenarbeit ersichtlicher werde.

Herr Gissel fragt, ob es schon Überlegungen der Verwaltung gebe, die Bezahlkarte einzuführen.

Zu der Frage von Herrn Hewing geht Herr Gausmann auf die Komplexität des Ausländerrechtes und die Abschiebepaxis ein. Er betont, dass die Rahmenbedingungen komplizierter geworden seien, kein Ranking bei Abschiebungen vorgenommen werde und die Chancen für ein Bleibe-recht aktiv kommuniziert würden.

Frau Gehrke antwortet auf die Äußerung von Frau Floyd-Wenke, indem sie die Bedeutung der Kooperation mit Integrationskursträgern und Wohlfahrtsverbänden unterstreicht und die Wichtigkeit des Austausches über Rahmenbedingungen des komplizierten Ausländerrechtes hervorhebt. Als Beispiel nennt sie z. B., dass die kommunale Ausländerbehörde die Berechtigungsscheine zur Teilnahme am Integrationskurs je nach Aufenthaltsstatus ausstellen müsse oder die verschiedenen Beratungsstellen auf Informationen und den Dialog mit den Fachleuten der Stadt Rheine angewiesen seien, um die Menschen in ihrer Rolle als freie Träger gut beraten zu können. Sie fügt hinzu, dass sie die Anregung, die Netzwerkarbeit künftig näher darzustellen, aufnehmen werde.

Hinsichtlich der Anfrage von Herrn Gissel zur Bezahlkarte antwortet Herr Gausmann, dass die Verwaltung eine Entscheidungsvorlage für die Sitzung des Sozialausschusses am 21. Mai 2025 fertigen werde. Er führt weiter aus, dass der rechtliche Rahmen eine automatische Einführung der Bezahlkarte vorsehe, wenn sich der Rat nicht dagegen ausspreche.

Auf die Frage von Herrn Hewing antwortet Herr Gausmann, dass er eine kreiseinheitliche Entscheidung der Kommunen zur Bezahlkarte für ausgeschlossen halte.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2024 der Ausländerbehörde Rheine zur Kenntnis.

10. Jahresbericht Soziale Einrichtungen Vorlage: 085/25

Frau Gehrke gibt an, dass der Bericht bewusst zweiteilig gemacht worden sei. Im ersten Teil würden die Angebote, Zielgruppen und Vernetzung der Einrichtung „Wohngruppe für junge Erwachsene“, des Treffs 100 als Beratungs- und Kontaktstelle und die des Kremer-Hauses als Notübernachtungsstelle mit einem teilstationären Bereich dargestellt. Im zweiten Teil werde die Statistik zu der Auslastung der einzelnen Bereiche vorgelegt. Die Auslastung im teilstationären Erwachsenenbereich sei derzeit nicht hoch. Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten würden zunehmend auch andere gesundheitliche und psychische Einschränkungen mitbringen, was die Beratung herausfordernder mache, da eine gewisse Bereitschaft zur Mitwirkung auch vom Gesundheitszustand her vorausgesetzt werde. Das werde ein Schwerpunktthema für das laufende Jahr.

Sie führt fort, dass es für die „Wohngruppe für junge Erwachsene“ eine engere Kooperation mit dem Jugendamt gebe, um junge Menschen, die in dieses Unterstützungsmodell hereinpasse würden, kurzfristig an die Einrichtung vermitteln zu können.

Weiter gibt sie an, dass die Kontakte im Treff 100 als Beratungsstelle insbesondere bei den Erstkontakten konstant hoch seien und danke den freien Trägern für die Etablierung der Formularhilfe, bei der ehrenamtliche Personen den Menschen beim Ausfüllen von SGB II-Anträgen und anderen Formularen unterstützen würden.

Sie weist darauf hin, dass als gesondertes Beratungsthema die Einrichtung einer Frauennotschlafstelle im Kremer-Haus folgen werde.

Frau Lücke informiert, dass die Mitarbeitenden des Kremer-Hauses das Angebot gemacht hätten, in die Schulen zu gehen, um den Jugendlichen ihre Arbeit und die schwierigen Lebenslagen der Treff 100-Besuchenden näher zu bringen, was gut angekommen sei.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2024 der Sozialen Einrichtungen der Stadt Rheine zur Kenntnis.

11. Konzept Frauennotschlafstelle im Kremer-Haus Vorlage: 086/25

Herr Gausmann erläutert, dass nach der Beauftragung im vorletzten Jahr und dem Zwischenbericht in 2024 konzeptionelle Schritte unternommen worden seien, darunter Gespräche mit dem Landschaftsverband und die Freimachung der Hausmeisterwohnung, inkl. der Organisationsänderung des Schließdienstes. Es werde nun geplant, die Frauennotschlafstellen in der alten Hausmeisterwohnung zu etablieren. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) habe zugestimmt, die alltäglichen Kosten der drei weiteren Frauennotschlafplätze über die Pflegesätze zu finanzieren. Er hofft, dass der LWL auch mit einer Investitionspauschale für den Umbau der Hausmeisterwohnung in die Finanzierung einsteige. Er hebt hervor, dass ein Umbau günstiger sei, als woanders neu zu bauen.

Auf die Frage von Frau Dr. Hovestadt antwortet er, dass der Hauswart zu seinen normalen Dienstzeiten im Treff 100 präsent sein werde und für die Atmosphäre in der Einrichtung ein Gewinn darstelle. Neben dem Hauswart gebe es eine weibliche Mitarbeiterin und einen Leiter.

Auf die Frage von Herrn Ortel, ob die drei Frauenschlafplätze die tatsächlichen Bedarfe decken würden, antwortet er, dass sich die Stadt Rheine nach der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungsnotfallhilfe bezüglich der statistischen Verteilung zwischen Männern und Frauen im Mittelwert bewege. Er kommentiert, dass er eine Überbelegung nicht ausschließen könne und falls im tiefsten Winter alle Stricke reißen würden, eine Wohnung aus dem dezentralen Unterbringungskonzept zur Verfügung gestellt werde, was sowohl für eine Frau als auch für einen Mann gelte.

Frau Dr. Hovestadt kommentiert, dass bei dem anderen Tagesordnungspunkt ein Anstieg in den letzten Jahren sowohl bei den Frauen als auch den Männern aufgeführt werde.

Frau Lücke fragt, ob durch den Umbau auch ein barrierefreier Raum entstehe. Sie bittet zudem aufgrund der verschiedenen Konzepte um eine klare Abgrenzung zum Frauenhaus.

Herr Gausmann erwidert, dass wegen des Denkmalschutzes kein barrierefreier Platz in dem Gebäude eingerichtet werden könne. Er bestätigt, dass die Frauennotschlafplätze nichts mit der Istanbul Konvention und der Einrichtung von Frauenhäusern zu tun haben würden und dies eine andere „Baustelle“ sei.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss stimmt dem Konzept zur Einrichtung von 3 räumlich separierten Not-schlafplätzen speziell für Frauen im Kremer-Haus zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für den Umbau der Räumlichkeiten zu ermitteln. Die Kosten sind unter Berücksichtigung eines Investitionskostenzuschusses im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2026 f. abzubilden und durch den Sozialausschuss/Rat zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. **Barrierefreie Mittel - Mittelverwendung 2025** Vorlage: 036/25

Herr Gausmann berichtet, dass der Kreisverkehr Bonifatiusstraße inzwischen mit taktilen Streifen ausgestattet worden sei und er an der Stelle eine Vollzugmeldung geben könne.

Frau Lücke äußert, dass an der Edith-Stein-Schule für die Aufnahme eines Kindes im Rollstuhl ein automatisches Türdrückersystem nachjustiert werde. Da die inklusive Ausrichtung schon vor den Umbaumaßnahmen klar gewesen sei, frage sich die SPD-Fraktion, warum das nicht schon zu Beginn mitgedacht worden sei.

Zudem fragt sie, warum die Gesamtkosten für die „Toilette für alle“ im Rathaus aus den barrierefreien Mitteln genommen werde.

Herr Gausmann erläutert, dass die Entscheidung mit der Schulaufsicht des Kreises Steinfurts, das gemeinsame Lernen nicht mehr nur in einzelnen Grundschulen zu haben, bisher seien es 6 Schulen gewesen, sondern in allen 14 Grundschulen den inklusiven Unterricht zielgleich und zieldifferent anzubieten, nach der Entscheidung für den Umbau der Edith-Stein-Schule abgebilldet worden sei.

Herr Gausmann erläutert, dass die Entscheidung mit der Schulaufsicht des Kreises Steinfurts, in allen 14 Grundschulen in Rheine inklusiven Unterricht anzubieten, bisher seien es 6 gewesen, nach der Entscheidung für den Umbau der Edith-Stein-Schule getroffen worden sei.

Weiter antwortet er, er habe die Entscheidung, dass die Mittel für die „Toilette für alle“ aus einem 75 Mio. Euro Topf genommen würden, zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den Rückblick auf die Mittelverwendung der Vorjahre zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beschließt, dass diese Maßnahmen in 2025 umgesetzt werden:
 - a) Edith-Stein-Schule
Elektr. Türöffner: Schulgebäude, Mensa, OGS 26.000 €
 - b) Kloster Bentlage/Remise
Barrierefreies WC: Stütz-Klappgriffe, Schließmechanismus 1.000 €
 - c) Stadtpark Eingang Basilikastr./Beverger Str.
Handläufe Treppe 5.000 €
Vorarbeiten Rampe 35.600 €

d) Notruf WC Bustreff	
Jährliche Kosten	1.100 €
e) Toilette für Alle	
Nicht durch Haushaltsreste gedeckte Kosten	33.300 €
Summe:	102.000 €

3. Der Sozialausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Fortsetzung der Maßnahme am Stadtpark am Eingang Basilikastr./Bevergerner Str. für 2026 vorgesehen ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

Ende öffentliche Sitzung: 18:02 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin